

Europas Leitkultur 08.06.2017

BERLIN/BRÜSSEL (Eigener Bericht) - Mit der Veröffentlichung eines neuen "Reflexionspapiers" zur Militarisierung der EU und eines Konzepts für einen "Verteidigungsfonds" treibt die EU-Kommission die Militarisierung des Staatenbundes voran. Künftig sollen jährlich 1,5 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für die Rüstungsforschung und -entwicklung bereitgestellt werden; die Gelder sollen als Anreiz dienen, die Rüstungsindustrie EU-weit stärker als bisher zu verschmelzen. Darüber hinaus stellt die Kommission Szenarien für die Militärpolitik zur Debatte, die auf "strategische Autonomie" zielen und es der EU auf lange Sicht ermöglichen sollen, nicht nur "an der Seite ihrer Hauptverbündeten", sondern bei Bedarf auch "allein zu handeln". Neue Beschlüsse der EU zur Militärpolitik werden für das zweite Halbjahr 2017 erwartet, allerdings vermutlich erst nach der Bundestagswahl. Unterdessen treibt Berlin die Unterstellung von Truppenteilen fremder Staaten unter die Bundeswehr energisch voran. Wie es an der Münchner Bundeswehr-Universität heißt, könnten im nächsten Schritt skandinavische Einheiten ihre Einbindung in die deutschen Streitkräfte in Angriff nehmen. Einflussreiche deutsche Politiker plädieren zudem dafür, Einsätze "europäischer" Soldaten der nationalen Kontrolle zu entziehen und sie von EU-Beschlüssen abhängig zu machen.

Milliarden für die Rüstung

Die EU-Kommission hat am gestrigen Mittwoch ein Konzept für einen EU-"Verteidigungsfonds" vorgelegt, der die Aufrüstung der EU-Staaten stärker konzentrieren soll. Schon seit Jahren beklagt Brüssel, die Mitgliedstaaten betrieben teure Rüstungsprojekte für weitgehend identische Waffen parallel, anstatt sich kostensparend zusammenzuschließen. So verfüge der Staatenbund über 37 unterschiedliche Truppentransporter-Modelle, während die Vereinigten Staaten nur neun besäßen; zwölf europäischen Tankflugzeugtypen stünden lediglich vier US-amerikanische gegenüber. Dies müsse sich, wolle man effizient aufrüsten, dringend ändern. Der jetzt von Brüssel skizzierte EU-Verteidigungsfonds sieht vor, multinationale Projekte innerhalb der EU mit Subventionen zu begünstigen. So soll die Entwicklung von Waffen-Prototypen mit 20 Prozent der Kosten gefördert werden, sofern mindestens drei Firmen und zwei Mitgliedstaaten beteiligt sind. Bis 2020 stehen dazu insgesamt 500 Millionen Euro bereit; ab 2021 kann jährlich eine Milliarde Euro abgerufen werden. Damit würden künftig fünf Milliarden Euro in multinationale EU-Rüstungsprojekte und damit in eine tendenzielle Verschmelzung der europäischen Waffenschmieden gesteckt. Zusätzlich will die EU-Kommission die Rüstungsforschung fördern - bis 2020 mit insgesamt 90 Millionen Euro, ab 2021 dann mit einer halben Milliarde Euro pro Jahr.

Militärische Macht

Gleichzeitig hat die EU-Kommission ein "Reflexionspapier" vorgelegt, das sich mit der "Zukunft der Europäischen Verteidigung" befasst. Das Papier soll als Grundlage für die Diskussion dienen, die für den nächsten EU-Gipfel am 22./23. Juni in Brüssel vorgesehen ist und die weitere Militarisierung der EU vorantreiben soll. Das "Reflexionspapier" stellt dazu drei verschiedene Szenarien vor. Das erste beschreibt mehr oder weniger den gegenwärtigen Zustand und beinhaltet entsprechend einen allmählichen Ausbau der Streitkräftekooperation innerhalb der EU sowie eine Fortsetzung der EU-Auslandseinsätze auf heutigem Niveau. Das zweite sieht eine deutlich intensivere Zusammenarbeit der nationalen Armeen und ihre punktuelle Verschmelzung vor; die EU, so heißt es, könne so "ihre Fähigkeit, militärische Macht zu projizieren, vergrößern".[1] Damit werde sie "strategische Autonomie" erreichen und in der Lage sein, nicht nur "an der Seite ihrer Hauptverbündeten", sondern nach Bedarf auch "allein zu handeln". Im dritten Szenario verfügt die EU im Jahr 2025 über die Fähigkeit, Kampfeinsätze jeder Art eigenständig zu führen; zwar gebe es - noch - keine vollgültige EU-Armee, doch kontrolliere Brüssel stehende, jederzeit einsatzfähige Truppenverbände.

"Eine entscheidende Rolle in der Welt"

Das Konzept für den "Verteidigungsfonds" und das "Reflexionspapier" sind dabei lediglich eine weitere Etappe in dem Militarisierungsprozess, den Deutschland und Frankreich im vergangenen Sommer unmittelbar nach der offiziellen Annahme der "Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU" am 28. Juni 2016 starteten (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Zuletzt hatten die EU-27 - ohne Großbritannien - am 25. März in der "Erklärung von Rom" zum sechzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge mitgeteilt, sie wollten die EU binnen zehn Jahren so transformieren, dass sie "willens und in der Lage" sei, "eine entscheidende Rolle in der Welt zu spielen".[3] Dazu müsse man sich offen "zur Stärkung" der "gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung" bekennen. Weitere Schritte nach der Diskussion auf dem EU-Gipfel am 22./23. Juni sind bereits geplant. Estland, das im Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, werde "nicht umhinkommen, sich mit Grundsatzfragen zur außen- und sicherheitspolitischen Weichenstellung der EU zu befassen", heißt es in einer neuen Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).[4] Dies gelte insbesondere mit Blick auf Forderungen, ein EU-"Weißbuch zur Sicherheit und Verteidigung" zu erstellen. Weil Estland sich seit Jahren auch auf nationaler Ebene schwerpunktmäßig der IT widme, könne zudem ein besonderes Gewicht auf den Ausbau der EU-Kapazitäten zur Cyberkriegführung gelegt werden.

Die nächsten Meilensteine

Berlin macht weiter Druck. Sie "begrüße" den "Vorschlag der EU-Kommission zur Zukunft der europäischen Verteidigungspolitik", teilte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen am gestrigen Mittwoch mit: Man müsse "den Schwung jetzt nutzen", um "die nächsten Meilensteine" im zweiten Halbjahr 2017 "mit Leben zu füllen".[5] Einstweilen treibt die Bundesregierung die Integration der Truppen fremder Staaten in die Bundeswehr voran. Nach der Vereinbarung vom Februar, Einheiten der Streitkräfte Rumäniens und der Tschechischen Republik in deutsche Truppenteile einzubinden, sind die zuständigen militärischen Stellen Tschechiens Ende Mai in die Bundesrepublik gereist, um die Pläne weiter zu konkretisieren. Beobachter rechnen damit, dass in naher Zukunft Einheiten weiterer Staaten der Bundeswehr unterstellt werden; Carlo Masala, Professor für internationale Politik an der Münchner Universität der Bundeswehr, hält Truppen skandinavischer Staaten, weil sie schon jetzt in hohem Maße deutsche Waffen nutzen, für äußerst geeignet. Die Eingliederung ausländischer Truppen, die nicht notwendig auf die EU begrenzt ist - Berlin hat eine enge Rüstungskoooperation mit Norwegen in die Wege geleitet [6] -, gilt Masala als "Schritt hin zu größerer militärischer Unabhängigkeit Europas".[7]

"Global behaupten"

Ergänzend sucht Berlin nach Wegen, die EU-Außen- und Militärpolitik weiter zu formieren. Könne die EU "in außenpolitischen Fragen mit Mehrheit entscheiden", dann wäre sie "endlich auch in schwierigen und kritischen Fragen ... handlungsfähig", hat unlängst der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, erklärt.[8] Nationale Vorbehalte sollten letztlich auch für die Kriege der EU fallen, hat am gestrigen Mittwoch Manfred Weber (CSU), der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament, verlangt: Künftig sollten "europäische Soldaten durch das Europäische Parlament in den Einsatz geschickt" werden.[9] Man müsse "ein starkes durchsetzungsfähiges Europa" aufbauen, äußert Weber zur Begründung. Begleitend müsse man "ein Bewusstsein für unsere europäische Identität" aufbauen: "Es geht heute nicht mehr um eine deutsche Leitkultur, sondern eine europäische Leitkultur. Diese europäische Leitkultur müssen wir verteidigen und, wenn möglich, global behaupten."

[1] European Commission: Reflection Paper on the Future of European Defence. Brussels, 7 June 2017.

[2] S. dazu [Die Europäische Kriegsunion](#) und [Strategische Autonomie](#).

[3] S. dazu ["Eine entscheidende Rolle in der Welt"](#).

[4] Annegret Bendiek: Das neue "Europa der Sicherheit". SWP-Aktuell 37, Mai 2017.

[5] Europäische Verteidigungsunion: "Den Schwung jetzt nutzen". www.bmvg.de 07.06.2017.

[6] S. dazu [Unter deutschem Kommando](#).

[7] Elisabeth Braw: Germany Is Quietly Building a European Army Under Its Command. foreignpolicy.com 22.05.2017.

[8] "Mit Abrissbirne durchs Bauwerk der westlichen Werte getobt". www.br.de 29.05.2017.

[9] Robin Alexander, Thomas Vitzthum: "Wir müssen die europäische Leitkultur verteidigen". www.welt.de 07.06.2017.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com